

**Antrag 244/I/2018****KDV Mitte + Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Für einen sozial-ökologischen Wandel – Braunkohleausstieg schrittweise einleiten!**

1 Der durch menschliche Aktivitäten verursachte Klima-  
2 wandel hat besorgniserregende Folgen für Deutschland  
3 und die Welt. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland sind seit  
4 acht Jahren nicht mehr nennenswert gesunken – dies gilt  
5 trotz steigendem Anteil erneuerbarer Energien auch für  
6 die Stromerzeugung. Einen großen Anteil an den Emis-  
7 sionen hat die Verstromung von Braun- und Steinkohle.  
8 Diese ist aus verschiedenen Gründen, insbesondere we-  
9 gen Versäumnissen bei der Energie- und Klimapolitik, in  
10 den letzten Jahren nahezu konstant geblieben. Deutsch-  
11 land steht kurz davor, seine nationalen Klimaschutzziele  
12 für 2020 und 2030 nicht einhalten können.

13

**14 Globale Verantwortung wahrnehmen**

15 Deutschland hat beim Kampf gegen die Klimakrise ei-  
16 ne globale Verantwortung. Zu einem, weil es im welt-  
17 weiten Vergleich einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf auf-  
18 weist und damit zu den Hauptverursachern des Klima-  
19 wandels zählt. Und zum anderen, weil die Bundesrepu-  
20 blik aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und ihres technolo-  
21 gischen Knowhows zu den wenigen Industriestaaten ge-  
22 hört, die vom Potential her in der Lage sind, die Energie-  
23 wende hin zu einer vollständig regenerativen Erzeugung  
24 mit all ihren Elementen in der Erzeugungs- und Infrastruk-  
25 tur technisch, ökonomisch und sozial ohne unakzeptable  
26 Verwerfungen zu vollziehen – und dies in überschaubarer  
27 Zeit. Gelänge dieser Übergang noch deutlich vor 2050 und  
28 würden die technischen, ökonomischen und sozialen In-  
29 novationen auf dem Weg dahin weltweit sichtbar, so wäre  
30 dies ein wahrhaft historischer Beitrag Deutschlands dafür,  
31 andere Länder zu ermutigen bzw. überhaupt erst in die  
32 Lage zu versetzen, einen ähnlichen Weg zu gehen. Unter  
33 anderem deshalb, weil die Bundesrepublik Technologie-  
34 Lernkurven finanziert, die es auch anderen Staaten er-  
35 möglicht, regenerative Erzeugungsanlagen preiswert ein-  
36 zusetzen. Im Kampf gegen die Erderwärmung würde so  
37 die Einhaltung des globalen 2-Grad-Ziels bzw. möglichst  
38 des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Abkommens deutlich realis-  
39 tischer.

40

41 Auf den internationalen Klimakonferenzen präsentiert  
42 sich Deutschland jedoch zunehmend als ideenloser und  
43 klimapolitisch gelähmter Teilnehmer. Denn mit einer kon-  
44 stant hohen Kohleverstromung und einem zuletzt wieder  
45 steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß, drohen wir das nationale Kli-  
46 maziels einer Minderung der Treibhausgasemissionen von  
47 minus 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 krachend zu

48 verfehlen. Damit verhält sich Deutschland unsolidarisch  
49 im Kampf für einen konsequenten Klimaschutz. Wenn  
50 jetzt nicht entschieden gegengesteuert wird, gefährdet  
51 dies auch den weiteren internationalen Verhandlungspro-  
52 zess, in dem es jetzt darauf ankommt, das Klimaschutz-  
53 abkommen von Paris wirksam auszugestalten. Klar ist da-  
54 bei, Deutschland muss schrittweise aus der Kohleverstromung  
55 aussteigen, wenn die Umwelt geschützt und die Kli-  
56 mazielen erreicht werden sollen. Gerade Braunkohlekraft-  
57 werke mit ihren niedrigen Brennstoffkosten sind aktuell  
58 so stark ausgelastet wie seit Jahren nicht mehr. Ein konse-  
59 quentes Umdenken in der Energiepolitik muss stattfinden  
60 und erfordert jetzt politische Entscheidungen.

61

#### 62 **Schrittweisen Kohleausstieg einleiten**

63 Ein schrittweiser Kohleausstieg muss unverzüglich ein-  
64 geleitet werden. Damit könnten nicht nur große Emissi-  
65 onsreduktionen zu relativ geringen Kosten erreicht wer-  
66 den, sondern es gäbe zudem erhebliche positive Wirkun-  
67 gen auf Umwelt und menschliche Gesundheit, vor al-  
68 lem, weil die Emissionen von Quecksilber, Schwefeldioxid,  
69 Stickstoffoxiden und Feinstäuben reduziert würden. Eine  
70 emissionsarme Stromerzeugung ist darüber hinaus Vor-  
71 aussetzung für die erfolgreiche Dekarbonisierung des Ver-  
72 kehrs und der Wärmeversorgung, die im Zuge einer Sek-  
73 torkopplung zunehmend strombasiert sein werden.

74

75 Das Ende der Steinkohle ist absehbar, bis 2018 wird der  
76 Abbau in Deutschland beendet. Nicht so bei der Braun-  
77 kohle, derzeit gibt es noch zehn aktive Tagebaue. Braun-  
78 kohle ist der mit Abstand umweltschädlichste Energieträ-  
79 ger. Kein anderer Brennstoff verursacht bei der Verbren-  
80 nung mehr CO<sub>2</sub>, sein Abbau zerstört weiträumig Natur  
81 und Landschaften und vertreibt Menschen aus ihrer Hei-  
82 mat.

83

84 Braunkohle gilt noch immer als „billiger“ Rohstoff – eine  
85 Beschreibung, die falscher nicht sein könnte. Die Folgekos-  
86 ten für Umwelt und Klima werden durch die Stromprei-  
87 se kaum abgebildet. Es gibt in Deutschland keinen grö-  
88 ßeren Eingriff in Natur, Landschaft und Gewässerhaushalt  
89 als die Tagebaue. Auf bislang mehr als 175.000 Hektar Flä-  
90 che haben sich Braunkohlebagger in den Untergrund ge-  
91 wühlt und dabei wertvolle Ackerflächen, Grünland, uralte  
92 Wälder, Gewässer und Siedlungen zerstört. Werden allein  
93 die schon genehmigten Tagebaue voll ausgeschöpft, wür-  
94 de rund drei Mal mehr Kohle verbraucht als mit unseren  
95 Klimazielen vereinbar wäre.

96

97 Um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, mög-  
98 lichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, wie in Paris beschlos-  
99 sen und von Deutschland völkerrechtlich bindend ratifi-  
100 ziert, muss der vollständige Ausstieg aus der Kohlever-

101 stromung bis spätestens 2030 abgeschlossen sein. Rund  
102 60 Prozent der Braunkohle, deren Abbaggerung bereits  
103 genehmigt ist, muss im Boden bleiben. Es dürfen keine  
104 neuen Tagebaue mehr eröffnet werden. Derzeit gibt es  
105 noch drei große Tagebauregionen: das Lausitzer Revier in  
106 den Bundesländern Brandenburg und Sachsen, das Mit-  
107 teldeutsche Revier in den Bundesländern Sachsen und  
108 Sachsen-Anhalt sowie das Rheinische Revier in Nordrhein-  
109 Westfalen. Obwohl schon die Braunkohle in den geneh-  
110 migten Tagebauen größtenteils im Boden bleiben müsste,  
111 sind weitere sechs neue Tagebaue in Planung. Durch aktu-  
112 elle und geplante Tagebaue drohen rund 8.500 Menschen  
113 ihre Heimat zu verlieren. Hinzu kommt: Allein durch Ver-  
114 stromung Braunkohle aus neuen Tagebauen würden ca.  
115 1,6 Gigatonnen CO<sub>2</sub> emittiert werden – mehr als 15 Pro-  
116 zent aller Treibhausgasemissionen, die Deutschland im  
117 Rahmen des Pariser Abkommens rechnerisch insgesamt  
118 noch zustehen.

119

#### 120 **Ausstieg sozialverträglich und proaktiv gestalten**

121 Wenn die Kohleverstromung zurückgeht, wird regional  
122 ein Strukturwandel beschleunigt, der auch mit Arbeits-  
123 platzverlusten in den betroffenen Branchen einhergeht.  
124 Es ist nötig, diesen Wandel sozialverträglich zu gestal-  
125 ten und durch neue Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft  
126 oder anderen Branchen zu kompensieren. Die Kohleregio-  
127 nen brauchen dafür jetzt Planungssicherheit und Investi-  
128 tionen für den nötigen Strukturwandel – an einem veral-  
129 teten Energieträger festzuhalten, wird ihnen nicht weiter-  
130 helfen. Betriebsbedingte Kündigungen infolge des Kohle-  
131 ausstiegs in den Unternehmenssparten sind in jedem Fall  
132 zu verhindern. Dafür sind angesichts der Altersstruktur  
133 der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft vorrangig  
134 Instrumente wie Altersteilzeit oder Vorruhestand zu nut-  
135 zen. Mit dem Kohleausstieg verbundene Lücken bei Ein-  
136 kommen oder Altersbezügen für die Beschäftigten sind  
137 angemessen zu schließen. Ferner würde die Beschleuni-  
138 gung des Ausbaus erneuerbarer Energien und gezielte Re-  
139 gionalentwicklung Arbeitsplätze sichern und neue schaf-  
140 fen. Für die Braunkohleregionen soll hierzu hinaus ein  
141 Fonds bereitstehen, welcher jährlich mit mindestens 500  
142 Mio. Euro ausgestattet werden soll. Dieser Betrag ent-  
143 spricht knapp der Hälfte der laufenden jährlichen Steinkohle-  
144 kohlesubventionen. Mit dem Auslaufen des Steinkohle-  
145 bergbaus und dessen Subventionen in 2018 könnte ein  
146 Teil dieser Gelder gezielt für die Strukturentwicklung in  
147 den Braunkohlerevieren verwendet werden. Zentral ist,  
148 dass es gemeinsam mit den Arbeitnehmer\*innen entwi-  
149 ckelt und beschlossen wird. Ziel eines solchen Programms  
150 sollte es sein, die derzeitigen Braunkohlereviere nachhal-  
151 tig weiterzuentwickeln und somit eine mögliche Deindust-  
152 rialisierung zu verhindern. Eine aktive Strukturpolitik ge-  
153 zielt für diese Regionen sollte daher von Beginn an par-

154 alle zu energiewirtschaftlichen Ausstiegsszenarien mit-  
155 gedacht werden. Bei der Identifizierung und Förderung  
156 von möglichen Förderschwerpunkten in den Kohlerevie-  
157 ren muss hierbei immer einbezogen werden, inwiefern  
158 diese mit den langfristigen Klimaschutzzielen Deutsch-  
159 lands vereinbar sind. So sollten gezielt nachhaltige Zu-  
160 kunftsmärkte, wie beispielsweise erneuerbare Energien  
161 oder Elektromobilität, gefördert werden. Mit dem Ausbau  
162 vor allem der Wind- und Solarenergie Arbeitsplätze kön-  
163 nen ersetzt werden – die Flächenpotenziale für den da-  
164 für erforderlichen Ausbau reichen in den betroffenen Bun-  
165 desländern aus. Zudem werden die Energiekonzerne nach  
166 einem Kohleausstieg einen großen Anteil der in den Ta-  
167 gebauen beschäftigten Arbeitnehmer\*innen für die not-  
168 wendigen Folgetätigkeiten noch jahrelang benötigen.

169

170 Für das Gelingen des Strukturwandels ist es dementspre-  
171 chend wichtig, wie dieser Ausbau angegangen wird.  
172 Denn: Je höher die regionale Wertschöpfung, desto mehr  
173 Arbeitsplätze in den Braunkohlerevieren. Der Fokus in der  
174 Energiepolitik muss daher verstärkt auf Energiegenoss\*in-  
175 nenschaften gesetzt werden. Mithilfe dieser demokra-  
176 tisch organisierten, ökologischen und bürger\*inneneige-  
177 nen Energiegesellschaften kann die sichere und preis-  
178 günstige Versorgung klimafreundlicher Energie in der Zu-  
179 kunft sichergestellt werden. Auch sie und bereits be-  
180 stehende, zahlreiche Initiativen von regionalen Unterneh-  
181 men, welche sinnvolle Anschlussleistungen anbieten, bei-  
182 spielsweise in den Bereichen der Erneuerbaren Energien,  
183 im Bereich von Ingenieurs- und Bohrdienstleistungen so-  
184 wie im Garten- und Landschaftsbau.

185

186 Die unmittelbaren Kosten des Kohleausstiegs dürfen da-  
187 bei nicht auf dem Rücken der Verbraucher\*innen abgela-  
188 den werden. Schon jetzt ist aber klar: Wenn die Kohlekraft-  
189 werke wegfallen, steigt der Börsenpreis des Stroms nur  
190 leicht, im Mittel um 0,1 bis 0,3 Cent pro Kilowattstunde. Bei  
191 den Endverbraucher\*innen kommt das kaum an, denn ein  
192 höherer Börsenstrompreis lässt die EEG-Umlage sinken –  
193 die Stromrechnung verändert sich durch den Kohleaus-  
194 stieg nur unwesentlich, das Gewinnkonto der Energieun-  
195 ternehmen, die mit dem schmutzigen Kohlestrom im Aus-  
196 land Geld verdienen, allerdings schon. Dennoch müssen  
197 Maßnahmen im Falle von Strompreiserhöhungen, die auf  
198 den forcierten Kohleausstieg zurückzuführen sind, einge-  
199 leitet werden, um diese für private Stromkunden zu kom-  
200 pensieren.

201

202 Deutschland ist einer der größten Stromexporteure Eu-  
203 ropas. Versorgungsprobleme stehen in weiter Ferne und  
204 ein flexibles Backup für schwankende Erneuerbare Energi-  
205 en findet sich wohl eher in flexiblen Gaskraftwerken. Eine  
206 schrittweise Schließung der Kohlekraftwerke führt nicht

207 zu Versorgungsengpässen oder einem steigenden Strom-  
208 preis, sondern zu der Einhaltung unserer Klimaziele.

209

210 Wir wollen den bundesweiten Kohleausstieg sozial ge-  
211 recht und nachhaltig angehen. Wir fordern daher:

- 212 • einen verbindlichen Kohleausstieg bis 2030. Dieser  
213 umfasst einen schnellen Beginn des Ausstiegs mit  
214 der kurzfristigen Stilllegung besonders emissionsin-  
215 tensiver Kraftwerke bis 2020, zur Sicherstellung der  
216 Versorgungssicherheit und Abfederung der sozialen  
217 Herausforderungen ein vorübergehender Weiterbe-  
218 trieb der moderneren Kohlekraftwerke bis 2030 mit  
219 begrenzter Auslastung, sowie ein sukzessives Ab-  
220 schalten der letzten Kohlekraftwerke im Verlauf der  
221 2030er Jahre unter Einhaltung des vorher festgeleg-  
222 ten CO<sub>2</sub>-Emissionsbudgets,
- 223 • ein Festschreiben des verbleibenden CO<sub>2</sub>-  
224 Emissionsbudgets in einem Kohleausstiegsgesetz,
- 225 • eine arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch  
226 Begleitung des Ausstiegs aus der Braunkohlever-  
227 stromung wobei insbesondere Interessenvertre-  
228 ter\*innen der Beschäftigten vor Ort und der Region  
229 wirksam einzubinden sind. Finanziell ist dieser  
230 Prozess durch einen Strukturwandelfonds des  
231 Bundes in Höhe von jährlich mindestens 500 Mil-  
232 lionen Euro abzusichern. Er wird für die infolge des  
233 Kohleausstiegs vom Strukturwandel betroffenen  
234 Beschäftigten und Regionen bereitgestellt,
- 235 • die Verhinderung betriebsbedingte Kündigungen  
236 infolge des Kohleausstiegs in den Unternehmens-  
237 sparten. Dafür sind angesichts der Altersstruktur  
238 der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft vor-  
239 rangig Instrumente wie Altersteilzeit oder Vorruhe-  
240 stand zu nutzen. Mit dem Kohleausstieg verbunde-  
241 ne Lücken bei Einkommen oder Altersbezügen für  
242 die Beschäftigten sind angemessen zu schließen,
- 243 • keine Stilllegungsprämien für Kraftwerksblöcke,
- 244 • die Finanzierung der Folgekosten der Braunkohle-  
245 förderung soll durch die Bildung eines ausreichend  
246 ausgestatteten staatlichen Nachsorgefonds gesi-  
247 chert werden, in den die bisherigen Nachsorge-  
248 Rückstellungen der Tagebaubetreiber sowie eine  
249 Förderabgabe auf die Braunkohleförderung einge-  
250 hen,
- 251 • Einleitung von Maßnahmen im Falle von Strom-  
252 preiserhöhungen, die auf den forcierten Kohleaus-  
253 stieg zurückzuführen sind, um diese für private  
254 Stromkunden zu kompensieren,
- 255 • den Einsatz auf europäischer Ebene dahingehend,  
256 dass über eine Änderung der EU- Emissionshan-  
257 delsrichtlinie jene Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten  
258 (EUA) endgültig stillgelegt wird, welche infolge des  
259 deutschen Kohleausstiegs frei wird,

- 260 • den Ausbau der Förderung von Energiegenoss\*in-
- 261 nenschaften.
- 262